

Horst Kahrs  
5.1.2015

## **Bemerkungen zur These »Zeitenwende«**

### **I. Prüfstand**

Islamischer Staat, Flüchtlinge, Terror, Türkei, Ukraine, Fifa, Griechenland, Pegida/Afd – so könnte eine Aufzählung der »wichtigsten« Krisen des Jahres 2015 lauten. Mit anderen Worten: das Wort »Krise« hat seine Bedeutung verloren, weil sich die Entscheidungssituationen exponentiell vervielfacht haben. Die Vervielfachung der Baustellen, wo die Welt wieder auf Gleise gesetzt werden müsste, bildet den Hintergrund für Überforderung, Kontrollverlust, also einer Reihe sozialpsychologischer Phänomene, die affektives Handeln und Unberechenbarkeit fördern, also den Kontrollverlust insgesamt verstärken. Man könnte insofern sagen, dass allein die Kumulation der Krisen – Abendlandverteidiger, Dschihadisten, Fußballfunktionäre, Lichtgestalt – einen Wendepunkte markiert, nach dem zumindest Vieles nicht mehr so ist wie vorher.

Einen markanten Unterschied machen die Flüchtlinge und die Dschihadisten. Millionen Flüchtlinge existieren nicht nur in Fernsehbilder, sondern ganz real in Turnhallen, Wohnheimen, Containern, vermehrt auch in Schulen, im öffentlichen Raum. Sie sind da und greifbar, beflügeln die Phantasie. Bei den Dschihadisten ist es etwas anders, sie existieren hierzulande mehrheitlich in den »Terrorwarnungen« des Innenministers. Gleichwohl: Zwei globale Phänomene sind in Deutschland angekommen, sie werden so schnell nicht wieder gehen, und sie treiben innere Widersprüche dieser Gesellschaft an die Oberfläche.

Gegenüber den eher abstrakt bleibenden Feinden, die die Linke anzubieten hat (das Finanzkapital, die Superreichen) sind die Feinde der Populisten sichtbar und greifbar: als reale Menschen, denen man entgegentreten, die man schlagen, die man verächtlich machen kann, seien es nun der Migrant oder die Angehörige einer vermeintlichen »Elite«. Diese Konkretheit macht einen erheblichen Teil der Stärke der rechten Bewegung aus. Umgekehrt macht es auch die Stärke der »Willkommenskultur« aus, in der zwar viele Linke aktiv sind, die aber kein herausragendes Thema der Linken ist.

Die Realität der Migration, das Durchbrechen der Grenzen rechtfertigt es tatsächlich, von einer »Zeitenwende« oder einem »Bruch« im Jahr 2015 zu sprechen, allerdings eben nicht im Sinne eines plötzlichen und unerwarteten Ereignisses, sondern im Zusammenkommen und sich Verschärfen verschiedener Dynamiken, so dass ein Wendepunkt überschritten wird. Die Zusammenhänge sind ja offensichtlich: ohne die Art und Weise, wie in der ersten Hälfte dieses Jahres mit der Tsipras-Krise umgesprungen wurde ist wiederum der Verlauf der Flüchtlingskrise bzw. das hilflose deutsche Agieren nicht zu erklären. Auch das ist zu Ende: ein »deutsches Europa«, wenn es das denn ja gab, existiert nicht mehr, höchstens noch als Buhmann in der Innenpolitik verschiedener Länder. Die EU ist umgekippt in eine Dynamik der Nationalisierung.

Wenn man will, lassen sich aus allem vier Aufgaben für 2016 ableiten:

1. Terror trotzen ohne Hysterie und Freiheitsverlust
2. Migrant integrieren, Zuwanderung regulieren
3. Die europäische Politik erhalten, trotz Re-Nationalisierung und autoritärer Entwicklungen in einzelnen EU-Staaten und Instabilität an den Außengrenzen
4. Nach der Abkehr der USA von Europa und dem Nahen Osten eine europäische Außen- und Sicherheitspolitik formulieren.

Auf diese Aufgaben sind in der politischen Landschaft Deutschlands ganz unterschiedliche Antworten parat. Eines haben sie gemeinsam: einen stärkeren Staat, wobei die einen ihn autoritärer und die anderen demokratischer wollen. Auch gibt es Kräfte, die diese Aufgaben negativ beantworten: nationale Grenzkontrolle und Abwehr, mehr nationale Sicherheitspolitik statt europäischer usw.

Die Union erlebt an der Kulturfront ähnliches wie vor zehn Jahren die SPD an der Arbeits- und Sozialfront: es fällt ihr schwer, alle Anhänger auf dem Modernisierungs-Deck zu halten, mit der AfD könnte sich auf ein politischer Akteur etablieren, der politischen Konstellationen erneut durcheinander bringt.

All das hat auch unter exponierten Personen der Linken zu zaghaften Ansätzen einer Strategiedebatte geführt, die die Frage nach den realen Verhältnissen und mögliche Zielen stellt (siehe Zusammenfassung von Tom Strohschneider – unten).

Allerdings bleibt diese Debatte auf der engen politischen Bühne stehen und fragt nach »Konstellationen«. Diese wiederum werden in den alten Kategorien gedacht. Wenn aber die Behauptung eines »Bruchs«, einer »Zeitenwende« oder ähnlichem richtig ist, dann gehören selbstverständlich genau diese Kategorien und Bilder linken Denkens und Handelns auf den Prüfstand.

Die Schwäche der Linken, wobei hier nun nicht nur die parteiförmige und nicht nur die deutsche, sondern diejenige in Europa gemeint ist, besteht in der Engführung des Markenkerns der sozialen Gerechtigkeit. Wenn wir es mit einer Zeitenwende zu tun haben, wird – Achtung: ein großes Wort – die Linke mit dem bisherigen Verständnis von sozialer Gerechtigkeit keine Zukunft haben. Die Engführung besteht vor allem in der nationalen Beschränktheit der mit der sozialen Gerechtigkeit verbundenen Verteilungsfrage. Gerade aber die Massenmigration – mit Marx könnte man auch sagen: Migration ist die Bewegungsform der sozialen Frage – zeigt, dass von links die Frage der sozialen Gerechtigkeit nicht mehr glaubhaft im nationalen Kontext zu beantworten ist, sondern nur als globale soziale Gerechtigkeit.

Die neue soziale Frage ist eine globale Frage oder sie ist nicht. National kann sie unmittelbar gestellt werden als Frage an die Regierenden, was ihr Beitrag, der Beitrag des Landes ist. Mit der sozialen Gerechtigkeit geht die Gleichheit aller Menschen einher, ihr gleiches Recht auf Entwicklung und Streben nach Glück. Was außenpolitische Verantwortung einer wirtschaftlichen Großmacht wäre, ließe sich ebenfalls neu durchdenken.

Antworten von links auf die eingangs formulierten vier Fragen, die von dieser Qualität ausgehen, werden immer unterscheidbare Antworten sein, obwohl sie in bestimmten Punkten gemeinsame Sache mit anderen gegen die neuen Nationalisten machen. Zur Herausforderung der Linken in Europa zählt auch, die soziale Gerechtigkeit als europäische Frage zu stellen: der Durchschnittslohn in Ungarn liegt leicht unter der Armutsgrenze für einen Single in Deutschland.

In Sachen Integration treten dann so unangenehme Fragen auf, wie mit der erneuten Ausbreitung des Machismus und der wachsenden Geringschätzung des Grundgesetzes umzugehen ist, was eben nicht nur eine abstrakte Frage der »Integration«, sondern eine konkrete Frage der Umsetzung von Normen des Zusammenlebens ist – nicht so sehr gegen zu integrierende Migranten, sondern gegen diejenigen, die Migranten als Alibi nutzen, um zivilisatorische Jacken abzulegen. Auch wäre zu fragen, ob die Integration von links unter dem Dach einer »sozialen Modernisierung« strategisch besser aufgehoben ist als unter dem Dach »Aus Flüchtlingen respektable Neubürger machen«. Mit Modernisierungen hat man so seine Erfahrungen, nicht umsonst enden sie auf „-ung“ wie Ungeheuer, bleiben vor allem aber abstrakt: Was kann der einzelne, der Anhänger tun? Strategische Projekt nach dieser Fragestellung auszurichten, könnte eine neue Qualität linker Mitmach-Politik hervorbringen und

der auch unter Linken gepflegten Vorstellung von der Politik als »Lieferservice« (»xy muss jetzt liefern«) entgegenwirken.

Aber mit all diesen Aspekten befindet man sich bereits auf dem politischen Feld. Wenn von einer Zeitenwende die Rede ist, so muss auch gefragt werden, aus die Bewegungen in der Gesellschaft sind, die dann auf dem politischen Feld einen (neuen) Ausdruck gewinnen (oder auch nicht).

Dazu ein paar lose Enden.

## II. Facetten einer epochalen »Wende«?

**Demoskopie.** Im Dezember berichtete das Allensbach-Institut über einen »erdrutschartigen Verfall des Zukunftsoptimismus. Über die letzten Jahre hinweg und bis in den Sommer hinein sah die Mehrheit den kommenden zwölf Monaten immer zuversichtlich entgegen. In den letzten Monaten verfiel dieser Optimismus plötzlich und erdrutschartig bis auf 35 Prozent – ein Phänomen, das in der Nachkriegszeit nur sechsmal zu beobachten war, zuletzt bei Ausbruch der Finanzmarktkrise und den New Yorker Anschlägen vom 11. September 2011.« (Renate Köcher, Mehrheit fühlt sich über Flüchtlinge einseitig informiert, FAZ, 16.12.2015, S. 8) Hintergrund sei »die Besorgnis über die Flüchtlingssituation«, nach den Pariser Anschlägen auch über »terroristische Gruppierungen«; bei 56% auch »zunehmender Rechtsextremismus«. Vier von zehn Bürgern haben den Eindruck, dass sie – auch durch Medienberichte – »überredet werden sollen, sich über den Flüchtlingszustrom keine Sorgen zu machen«. 52% billigen den Medien »sehr großen Einfluss«, weitere 43% großen Einfluss zu. 42% der Befragten äußerten sich zufrieden mit der Berichterstattung zur Flüchtlingssituation, 51% äußerten sich unzufrieden. »Einer der kritischsten Befunde aus den letzten Monaten war der hohe Anteil der Bevölkerung, der das Gefühl hatte, man könne in Deutschland über das Flüchtlingsthema nicht offen diskutieren, sondern müsse sehr vorsichtig sein, ob und wie man sich exponiere. Besonders diejenigen, die über die Entwicklung tief erschrocken waren, hatten den Eindruck, dass es nicht zulässig ist, diese Sorge öffentlich zu äußern.« 39% meinten, an dem Vorwurf »Lügenpresse« sei etwas dran. Erstaunen der Verfasserin: »Dies ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert, da die deutsche Bevölkerung ausgesprochen medienaffin ist, im internationalen Vergleich überdurchschnittlich politisch interessiert wie auch informiert ist und auf ein breites und in Teilen qualitativ hochwertiges Angebot an Medien zugreifen kann.« (Köcher, a.a.O.) Die Mühen der Aufklärung, die Anstrengung des Ausgangs aus selbstverschuldeter Unmündigkeit, werden, so die kaum versteckte Botschaft aus Allensbach, gescheut. Warum? Welche Teile der Bevölkerung sind gemeint? Welche Institutionen der rechtsstaatlich-demokratischen Gewaltenteilung neben den Medien sind noch betroffen? Und auch: Pegida entstand im Vorfeld der aktueller »Flüchtlingssituation« bei allgemein großem »Zukunftsoptimismus«. Was setzt der Einbruch des Optimismus in Gang?

**Klassenverhältnisse.** Nach der »Einkommens- und Verbrauchsstichprobe« (EVS) 2013 machten 35,2 Millionen Haushalte von 40 Mio. Angaben zu Bruttogeldvermögen. 11,2 Mio. Haushalte besaßen demnach Wertpapiere, darunter waren 5,5 Mio. Aktienbesitzer-Haushalte und 7,6 Mio. Haushalte mit Anteilen von Investmentfonds. Gemessen an allen Wertpapierbesitzern macht das einen Organisationsgrad von knapp 70%. Zu dieser institutionellen Macht kommt diejenige der Lebensversicherungen (19,7 Mio. Haushalte) und der Bausparkassen (15,2 Mio. Haushalte). Der Zuwachs an Geldvermögen verteilte sich in den vergangenen Jahrzehnten vor allem auf die Haushalte in den oberen vier Dezilen der Haushaltseinkommenspyramide: Soziale Aufsteiger; Selbstständige und Freiberufler, Beamte und Beamtinnen, obere Angestellten-Berufe; Rentner und Pensionäre. Die Zahl der Mitglieder der DGB-Gewerkschaften schrumpfte von 2004 (7,0 Mio.) bis 2014 auf 6,1 Mio. – das entspricht,

gemessen an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also ohne verrentete Mitglieder, einem Organisationsgrad von etwa 20%.

Den typischen Geldvermögensbesitzer im modernen Finanzmarktkapitalismus zeichnet soziologisch ein spezifischer Verlust von Gesellschaftlichkeit aus: »Die Anleger glauben, ein Naturrecht auf Gewinne zu haben. Sie geben sich der egozentrischen Illusion absoluten Reichtums hin, während sie mit ihrem faktischen Handeln beziehungsweise mit den kollektiven Folgen dieses Handelns die Bedingungen für die Produktion realen Reichtums zerstören. Der heutige Finanzmarkt-Kapitalismus hat Eigentum und unternehmerische Tätigkeit **in einem historisch beispiellosen Maß** entkoppelt. Millionen von Aktien- und Fondsbesitzern erwarten »Erträge« auf ihr Geld, ohne sich die geringsten Gedanken darüber zu machen, wo die Schuldner herkommen sollen und ohne selbst ein unternehmerisches Risiko zu übernehmen. (...) Mit dem exzessiven Wachstum der Geldvermögen müsste es ja auch entsprechend mehr und immer härter arbeitende Schuldner geben. Aber dieses Szenario (...) ist wirklichkeitsfremd. Reale Gesellschaften müssen zunächst ihre Kontinuität und Reproduktion sicherstellen; sie können nicht immer schneller rotieren, nur um die Ansprüche der Eigentümer zu befriedigen.« (Christoph Deutschmann, Der kollektive »Buddenbrooks-Effekt«, 2008, 18f.)

In den vergangenen beiden Jahrzehnten wurde aus dem Residualeinkommen Betriebsgewinn nach und nach ein Kontrakteinkommen in Form von Zielvereinbarungen zwischen Managern und Eigentümern, während für die Beschäftigten bleibt, was nach der Befriedigung der Anteilseigner übrig bleibt. Ein nicht geringer Teil der Anteilseigner ist zugleich lohnabhängig, fühlt sich aber schlecht beraten oder gar betrogen und klagt, wenn die zugesagte Rendite nicht zufließt. Die Handlungslogik des Anlegers und alsbald auch seine Sozialpsychologie unterscheidet sich von denjenigen des Lohnabhängigen. Der Geldvermögensbesitzer steht abseits jeder gesellschaftlichen Vermittlung von Reichtumsproduktion. Das Geld arbeitet für ihn. »Geld ist nicht bloß »Indikator« der sozialen Position eines Individuums, sondern begründet diese Position selbst unmittelbar, indem es – in seiner Eigenschaft als »Vermögen« - umfassende Zugriffsrechte auf den gesellschaftlichen Reichtum eröffnet. Wer Geldvermögen hat (...), verfügt über ein generalisiertes Machtpotenzial, das scheinbar gänzlich ohne soziale Vermittlung auskommt.« (Deutschmann a.a.O., 11)

Deutungen: Medien-Formate wie »Börse vor acht« deuten die Welt der Geldanleger. Die gesellschaftliche Wahrheit über das Vermögen: ohne solvente, arbeitsame Schuldner in einer arbeitsteilig funktionierenden Gesellschaft geht es nicht; - blitzt dort zuweilen auf, allerdings meist in nationalisierter oder ethnisierter Form. Bilder wie »Wir sind die 99%«, die »Superreichen« usw. gehen an der Realität der gesellschaftlichen Bewusstseinsformen vorbei, es gibt kein klares sozial konturiertes »Wir« als Vertreter der Arbeits-Logik und »Die« als Vertreter der Anlegerlogik (mehr). Im Zweifel sind ca. vier Fünftel auf Seiten der Anleger/Gläubiger-Logik mobilisierbar (siehe »Griechenland-Krise«). Wohlstandswachstum ist in (West-)Deutschland seit 1960 vor allem (auch) Vermögenswachstum, die schleichende Rück-Verwandlung der »Arbeitnehmergesellschaft« in eine Klassengesellschaft mit einer erstaunlich angewachsenen Rentiers-Gemeinde, in der die Arbeit und Verschuldung der einen die Einkommen der anderen sind. Da für das angehäuften Geldvermögen im Inland keine ausreichenden und rentierlichen Anlagemöglichkeiten vorhanden sind, wandert es in die Welt, macht andere Volkswirtschaften zu seinen Schuldnern. »Exportweltmeister« zu sein wurde zum Symbol für gesicherte Renditen. Andererseits: »die Märkte« (Börsen) sind komplex, undurchsichtig, rasend schnell, rational-irrational – auch für Geld-Anleger. Individuelles Handeln (müssen) unter Bedingungen hoher Unsicherheit und höchster Abstraktion von gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnissen gehört zum Wesensmerkmal des neoliberalen Subjekts.

Ende der Leistungsgesellschaft – Siegeszug der Erfolgsgesellschaft. Die »Leistungsgesellschaft« rahmt die Arbeitnehmergesellschaft:  $m = iq + e$ , Leistung (merit) =

Intelligenzquotient (IQ) plus erbrachte persönliche Arbeitsleistung (effort), in der Summe entsteht eine Leistung als gesellschaftlicher Gesamtwert, wozu jeder seinen Teil beigetragen hat, die einen mehr, vor allem »die Mitte«, die anderen weniger. Die »Leistungsgesellschaft« legitimiert soziale Ungleichheit – begrenzt sie zugleich, weil Ungleichheit irgendwie, aber notwendig mit Ungleichheit der Leistung verbunden ist. Der Prozess der Leistungserbringung unterliegt der Aushandlung der Bewertung. Wer sich anstrengt, kann was werden. Es gibt eine Regel für sozialen Aufstieg, aber auch für die Einhegung der immer vorhandenen gesellschaftlichen Unsicherheit. Mit dem Wachstum der Vermögen und Finanzmärkte wächst die »Erfolgsgesellschaft«. Hier zählt nicht die erbrachte Leistung, Anstrengung usw., sondern allein der Erfolg. Die Erfolgsgesellschaft ist radikal, sie kennt nur Gewinner und Verlierer. Gewinnen und Verlieren ist entkoppelt von der eigenen Leistung. Die erwartete Leistung ist der Erfolg, an die Stelle des »Leistungslohnes« treten erfolgsbasierte Entlohnungssysteme, die Entlohnung wird von der Leistung entkoppelt. Entschieden wird auf anonymen Märkten, wo Zufall, Glück, Beziehungen, Quoten maßgeblich sind - mithin ein hohes Maß an Unberechenbarkeit, Unsicherheit. Eine wie natürlich gegebene Möglichkeit, mit dieser Situation klar zu kommen: Korruption, Betrug. Nachvollziehbare Regeln für den sozialen Aufstieg - Fehlanzeige.

Der „große Bruch“: Allensbach fragt seit Mitte der 1950er Jahre, ob man der Auffassung sei, dass jeder seines Glückes Schmied sei oder in der Gesellschaft eher gelte, dass wer einmal oben immer oben und wer einmal unten immer unten sei, also etwa »Leistungsgesellschaft oder Klassengesellschaft«. Bis Ende der 1970er stieg das Verhältnis »Leistung vs. Klasse« auf etwa zwei Drittel zu ein Viertel. In Mitte der neunziger Jahren begann sich der Abstand signifikant zu verkleinern, 2013 war erstmals die Klassengesellschaft knapp vorn (38% - 42%) (worin sich eine Reihe von Erlebnissen zu Erfahrungen verdichten). Die Deutung der Gesellschaft als eine »Leistungsgesellschaft« ist minoritär (nicht: randständig) geworden, man könnte auch sagen: es fehlt an einer dominierenden Deutung der gesellschaftlichen Regelwerke, Institutionenvertrauen geht verloren.

**Verlust von Vertrauen.** Ohne ein gewisses Maß an Vertrauen (in die Gültigkeit von Regeln, die Redlichkeit oder auch nur die Rationalität des Gegenüber) ist Handeln in Gesellschaft kaum denkbar. Vertrauen kann als gelungene »*Ungewissheitsabsorption*« verstanden werden, die zum Beispiel in Organisationen notwendig ist, um Entscheidungen treffen zu können. Im Grunde geht es um die begründete Annahme, »*dass vorherige Entscheidungen mit jeder neuen Entscheidung nicht jeweils neu überprüft werden müssen. Jede einzelne Entscheidung ist ungewiss, doch jede Entscheidung verlässt sich bis auf Widerruf darauf, dass vorherige Entscheidungen ihre eigene Ungewissheit hinreichend bewältigt haben, um als Prämissen weiterer Entscheidungen behandelt werden zu können.*« Wie Organisationen kommen auch Gesellschaften nicht ohne solche Mechanismen ist. Sie sind wesentlich kommunikativ (zumindest in Kybernetik und Informationstheorie). Jede Kommunikation kommt an den Punkt, an dem sie entweder abbricht oder »*vorherige Kommunikation ungeprüft übernimmt und mit ihrem Vertrauen in sich selbst anschließende Kommunikation ermutigt. (...) dieses Vertrauen (ist) kein blindes, sondern ein laufend überprüftes Vertrauen. Es greift vor und zurück, führt Vergangenheit in die Zukunft und Zukunft in die Gegenwart ein; es verlässt sich auf Erfahrung und nimmt künftige Erfahrung vorweg; es orientiert sich an Zustimmung und Ablehnung und setzt darauf, weitere Zustimmung und Ablehnung zu finden.*« (Dirk Baecker, Designvertrauen: Ungewissheitsabsorption in der nächsten Gesellschaft; in: Merkur, Dez. 2015, S. 89f) Die Praktiken lassen sich grob nach den dominierenden Medien unterscheiden: die Mündlichkeit in der tribalen Gesellschaft, die Schrift in der antiken, der Buchdruck in der modernen und die elektronischen Medien in der »*nächsten Gesellschaft*«. Ihnen entsprechen als Mechanismen der Ungewissheitsabsorption die Magie, die Götter und die Technik. Der Vorteil der Technik als »*funktionierende Sympifikation*« (Luhmann) war lange Zeit, dass sie erlaubte, »*schwierigen Fragen der Konsensfindung oder Konfliktregulierung auszuweichen, indem im Medium der Kausalität kontrollierbare Abläufe,*

planbare Ressourcenzugriffe und Strategien der Fehlervermeidung eingerichtet werden können« (Baecker, a.a.O., S. 92). Lange Zeit funktionierte das, doch irgendwann kannte niemand die Fragen mehr, auf die die Technik eine überzeugende Antwort lieferte; wurde das Mögliche ins Monströse gesteigert usw. »Die Moderne endet in dem Moment, in dem Technik die Vernunft, Kausalität und Kontrolle nicht mehr gleichgesetzt werden können. Sie endet in dem Moment, in dem mit den elektronischen Medien Prozesse der Vernetzung und Verschaltung beobachtet werden, die jede Möglichkeit der kritischen Reflexion überschreiten.« (ebd.) Die digitale Technologie lässt technische Abläufe nahezu unsichtbar werden. Der Algorithmus verkoppelt immer mehr mechanische und energetische, hochgradig heterogene Prozesse, wodurch die Technik immer unabhängiger wird vom »Takt der Entscheidungen, in die sie bislang industriell wie häuslich, im Straßenverkehr wie bei der Nutzung von Massenmedien eingebettet war« (Baecker, a.a.O., S. 96) Warum sollte man der digitalen Technologie der Unsichtbarkeit über den Weg trauen? Wer hat die Fragen gestellt, auf die sie antwortet? Wo sind überhaupt Eingriffe – Entscheidungen – möglich? Eine neue Ungewissheitsabsorption für eine immer komplexere Welt/Gesellschaft ist nicht in Sicht, »die Technik« bzw. der »technische Fortschritt« ist es nicht mehr (entgegen der neoliberalen Silicon Valley-Ideologie). Zumindest müsste die »Unsichtbarkeit dieser Prozesse sichtbar« gemacht und Eingriffe möglich gehalten werden. (Was erlebbar bleibt, ist wachsende existentielle Abhängigkeit, etwa wenn der Strom ausfällt, das Betriebssystem spinnt usw.) Was helfen könnte, wäre eine konstruktive, aufklärerische »Logik des Verdachts«. Diese »Logik« meint, dass jedes Ding mehr ist als es – Achtung Design! – zu sein scheint, dass es eine Oberfläche nur vortäuscht, unter der weitere, aber versteckte Oberflächen ganz andere Interessen und Funktionslogiken dienen. Die destruktive Variante ist getrieben vom Transfer von Erfahrung mit digitaler Technik auf gesellschaftliche Institutionen in der Welt, in Gestalt von unbegründetem Misstrauen, Verschwörungstheorien und nicht zuletzt blutleeren Kapitalismus-»Analysen«. Die Undurchschaubarkeit der digitalen Technik verbindet sich mit der Unberechenbarkeit des Erfolgs in der Erfolgsgesellschaft – Hauptsache es funktioniert. Warum das so ist und wer und was dafür notwendig sind, bleibt – notwendigerweise? – unhinterfragt. Mit anderen Worten geht es wieder einmal um alles, zumindest um die Voraussetzungen der »freien Assoziation«. Die Verlockung des digitalen Zeitalters ist der definitive Eintausch von Autonomie gegen Bequemlichkeit, Komfort, Unselbständigkeit, die Verwandlung des »citoyen« in einen »user« (nachdem er zuvor zum »Konsumenten« schrumpfte).

**Komplexität und Unübersichtlichkeit.** Die entwickelste Form des Umgangs mit diesen Erscheinungen moderner, arbeitsteiliger, global eingebetteter Gesellschaften, ihrer Verarbeitung ist »die Demokratie«. Die ist kein Selbstläufer, wenn nur Diktatoren oder autoritäre Systeme beseitigt sind. Im Gegenteil. Demokratinnen und Demokraten werden nicht geboren, eben so wenig ist Kooperationsbereitschaft und -fähigkeit eine angeborene Eigenschaft, sondern ein gesellschaftliches Resultat. Komplexität und Unübersichtlichkeit werden bewältigt durch Ziel- und Willensbildung, durch Interessenartikulation, letztlich durch politischen Streit, der immer einer um das öffentliche Wohl ist (wo nur noch um »Interessen« und ihre Durchsetzung gerungen wird, mutiert Politik zum Beutezug). Wo es um die gute, richtige Gesellschaft, um strategische Ziele geht. Parteien, so lautet ihr Auftrag, wirken an der Willensbildung des Volkes mit, das heißt hier: die bündeln unterschiedliche Deutungen von Komplexität, Unübersichtlichkeit und unterschiedliche gesellschaftliche Ziele, sie stellen die Verbindung her zwischen Gesellschaft und Politik, in dem sie in beidem verwurzelt sind. So die Theorie. Die Praxis indes kennt die (ideologisch neoliberal begleitete) Selbstentmachtung der Politik, verstärkt durch das Ende des Realsozialismus, die Unterordnung jeglicher Politik unter Ökonomie (»Wachstum«) und die Verwechslung von Medienresonanz mit Politik. »Politik bedeutet heute, aus einem überwiegend medialen Entscheidungszwang heraus zu handeln, obwohl wir nicht wissen was zu tun ist«, vermerkte der Alltagsphilosoph Richard David Precht kürzlich (Richard David Precht, Echte Träume, echte Not; DIE ZEIT, 1, 30.12.2015, 39f). »Der Motor

*unserer politischen Entwicklung, nicht nur beim »Krieg gegen den Terror«, ist der Affekt und nicht die Vernunft. Nicht durchdachte Zukunftsszenarien bestimmen unser politisches Handeln, sondern die Entrüstungsindustrie der Massenmedien. Politiker reagieren darauf mit taktischen Entscheidungen, nicht mit strategischen. Taktik bedeutet, das situativ Opportune zu tun; Strategie bedeutet, auf ein langfristiges Ziel hinzuarbeiten. Eine solche Politik widerspricht der Ur-Idee der Politik – dem autonomen Handeln. Die Politik handelt heteronom nach den Bedingungen der Massenmedien.« (Precht, a.a.O., 40) Zumindest als Formulierung einer verbreiteten Wahrnehmung des Handelns in der Politik sollte man diese Sätze ernst nehmen. Ein Volk, das sein Leben zunehmend auf Taktik und Unselbständigkeit gründe und affektiv entscheide statt langfristig zu planen, habe auch keine Politiker, die strategische Politik betrieben. Man mag den Anteil der Massenmedien geringer, den der ökonomischen Interessen höher einschätzen; man kann sehr wohl von strategischen Zielen (Energiewende!) sprechen, was bleibt ist jedoch die Frage nach der »guten Gesellschaft«, die mehr hervorbringt als Renditen und Wohlstand, sondern Ethik, Moral, Sinn, Entfaltung, Muße, ... also all das Außerökonomische, was das Leben lebenswert macht. Welche Partei hat hier etwas anzubieten, was nicht unter dem Primat der Ökonomie/Aktienmärkte stände? Was wunder also, wenn es schwer fällt oder gar unmöglich ist, in unserer hochkomplexen Lebenswelt die richtigen finanziellen, materiellen, gesundheitlichen, ethischen Entscheidungen zu treffen, zumal wenn man selbst hin- und hergerissen ist zwischen den verschiedenen Anforderungen, die man als Konsument, User, Anleger usw. erfüllen muss. Wo es einer Gesellschaft an reflexiven Organisationen (und das sind Parteien) zur Reduktion von Komplexität fehlt, wird aus Komplexität schnell »chaotische Mannigfaltigkeit«, wächst auch in gefestigteren Demokratien als Ungarn oder Polen die Alternative Chaos oder Autorität. Die autoritäre Reduktion erfolgt entweder personal, durch einen Führer, der die vielfältigen Abhängigkeiten schon zu ordnen wissen wird, oder systematisch, wenn dem Grundsatz »Das Wohl des Volkes steht über dem Recht« (so der Sejm-Alterspräsident der PiS) gefolgt wird. Beides bedeutet Willkür, die Reduktion von Komplexität durch politische Konstruktion eines »Volkes«, vom souveränen Volkswillen gibt es keinen geraden Weg zu aufgeklärter Einsicht und Handeln. Wer beklagt, das eine in Umfragen ermittelte Mehrheit des Volkes im politischen Handeln der Regierenden ignoriert wird, macht sich zum Teil des Problems. Er trägt zur Zerstörung demokratischer Öffentlichkeit bei. Schlimmer noch indes ist ein Innenminister, der nicht vom Hof gejagt wird, nachdem er Auskünfte verweigerte mit dem Bekenntnis, dass er etwas so Beunruhigendes wisse, dass er es der Bevölkerung nicht zumuten könne.*

Die Fragmentierung demokratischer Öffentlichkeit in viele Teilöffentlichkeiten ist durch die digitalen Medien beschleunigt und vervielfältigt worden. Manche Diskussionen finden nur noch in der digitalen Parallelwelt statt, auch ist sie in Gestalt der sozialen Medien zum Ort der Selbstorganisation geworden. Die zunächst mit der Anonymität einhergehende Verrohung der Umgangsformen, die jetzt auch Name und Anschrift nicht scheut, wird vielfach beklagt, zaghaft gehandelt. Sie geht einher mit einer Verrohung im öffentlichen Raum.

Den Verlust elementaren demokratischen Anstands hat Volker Zastrow, verantwortlicher Politik-Ressortleiter der FASZ, Ende November unter der Überschrift »Die neue völkische Bewegung. Rund um Pegida und AfD hat sich der Nukleus einer Bürgerkriegspartei gebildet. Ihre Gier nach Gewalt ist mit Händen zu greifen.« beschrieben (FASZ, 29.11.2015): »Die selbsterklärte „Herbstoffensive“ der AfD: Das waren im wesentlichen Demonstrationen, auf denen die Anhängerschaft dieser Partei Wut, Hass und einen nicht mehr zu übersehenden Hunger nach Gewalt zeigte. Unterschiede zu Pegida sind kaum mehr zu erkennen. Die Symbole und Fahnen, die in Dresden herumgeschleppt werden, sind vielfältiger – sozusagen ausgefuchster, weil praktisch nichts ausgelassen wird an anspielungsreichen extremistischen Bekenntnissen. Eindeutig nationalsozialistische Symbole sind nun einmal verboten. Man geht so nah heran wie irgendmöglich. (...) Breaking bad: Auch im Verhalten schwinden die Unterschiede zwischen AfD- und Pegida-Anhängern weiter. Die Atmosphäre auf den Demos ist gewaltgeladen. Wer als Feind

*begriffen wird, den sucht man einzuschüchtern: durch aggressives Angehen, Bedrohen, Verfolgen, Geschimpfe und Geschrei. Immer häufiger kommt es zu Angriffen: Da wird bedrängt, geschubst, gestoßen oder gar geschlagen. Die Gewalt richtet sich insbesondere gegen Journalisten, ohne weiteres auch Frauen, erst diese Woche wieder gegen zwei Kolleginnen des ZDF.«* Nach massiver einschlägiger Kritik ergänzte Zastrow Mitte Dezember: *»Ich glaube, da baut sich seit Jahren etwas auf. Eigentlich seit Stuttgart 21. Da haben wir zum ersten Mal die Erfahrung gemacht, dass es unmöglich war, zu berichten, ohne wütendste Reaktionen zu erhalten. Damals ist ja (...) auch der Begriff »Wutbürger« (...) geprägt worden. Seitdem gab es mehrere Ereignisse, die zu einer Verschärfung des Tons geführt haben, Guttenberg war so ein Phänomen, später die Euro- und Griechenlandkrise. Seither gibt es Äußerungen, die wären früher allenfalls ausnahmsweise gefallen. Das erkläre ich mir mit den Assoziations- und Synchronisationseffekten des Netzes: Früher hätte man sich nicht getraut, bestimmte Dinge zu sagen. Aber nun sieht man, dass alle anderen das auch tun, oder diejenigen, die man für die anderen hält, und dann glaubt man, dass man es auch darf. (...) Ich glaube, wenn die Menschen sich radikalisieren, dann verlangen sie von den Medien, dort nur noch ihre Positionen wiederzufinden. Und wenn die Medien das nicht tun, dann ist das die sogenannte Lügenpresse.«* *»Im Kern der Bewegung gibt es, denke ich, ein terroristisches Potenzial. Und im Umfeld gibt es Leute, die irgendwann auf den Gedanken kommen werden, dass nicht mehr nur Asylbewerberheime brennen sollen, sondern Menschen.«* Kein Verständnis für die "besorgten Bürger", *»weil es keine Entschuldigung für Hass und die Gier nach Gewalt gibt. (...) Jeder Mensch hat es selbst in der Hand, ob er dem Hass nachgibt. Das ist ja keine Charaktereigenschaft, sondern eine Entscheidung.«* (DIE ZEIT, Interview, 50, 2015-12-10, S.11) Das Völkische lässt sich von seiner Entstehung im 19. Jahrhundert her auch als Einkehr des Tribalismus in die Moderne beschreiben, das gilt auch für seine regionalisierten Formen als sächsisches, katalanisches, baskisches, kurdisches »Volk«/Ethnie.

Es geht mithin nicht allein um die Prüfung der eigenen Begrifflichkeit und Gleichsetzungen, inwieweit den Ausgang aus selbstverschuldeter Unmündigkeit erleichtern oder erschweren (etwa bei der Gleichsetzung von Krieg und Terror) – denn der Verlust von Begriffen und Sprache ist der Beginn des Kontrollverlustes (in der Politik), sondern um noch Handfesteres, das Verhältnis zum Staat. Offensichtlich ist der Zusammenhang zwischen zerfallenden Staaten und dem sozialen Phänomen der Massenmigration. Gleiches gilt aber – zumindest bis auf weiteres - offensichtlich für das Verhältnis von Demokratie und Staat. Ohne einen demokratischen Staat, der die selbst gegebenen Regeln der Demokratie und des friedlichen Zusammenlebens effektiv durchsetzt, wird auch der völkischen Bewegung nicht beizukommen sein. (Auch für die Integration von Millionen Migrantinnen und Migranten gilt: mehr Sozialarbeiter, mehr Lehrerinnen, mehr Polizisten, bessere staatliche Strukturen.) Die fehlende rechtsstaatliche Durchsetzung des Rechts wird ohne einen in diesem Sinne starken Staat nicht gehen. Im Alltagsbewusstsein fallen Kontrollverlust und erfahrener Verlust von Staatlichkeit im öffentlichen Raum zusammen. Daran ändert auch eine noch so berechtigte Kritik an der »Strategie der Unsicherheit« und des »Ausnahmestandes« zwecks Legitimation autoritären Handelns nichts.

Das endgültig Vertrackte an dieser Situation: die Komplexität und ihre Risiken werden immer globaler, die Antworten nationaler (trotz Klima-Vertrag in Paris): *»Je wichtiger die Fragen werden, desto nationaler werden die Antworten ausfallen. Je gewaltiger die Risiken werden, desto wichtiger wären globale oder wenigstens europäische Antworten. Wir sehen aber eine ganz andere Tendenz. In immer mehr Ländern der EU, auch in den Kernländern des Einigungsprozesses, sehen immer mehr Menschen ihre einzige Chance im Abducken in die nationale Ecke. Sie glauben, der globalen Risikogesellschaft entkommen zu können in eine schöngefärbte Vergangenheit. Sie sehen im Risiko keine Herausforderung, ihr Stolz wird nicht berührt davon. Sie haben die Freude am Gelingen verloren, und sie haben die Freude vergessen, die man empfindet, wenn man sein Bestes tut.«* (Arno Widmann, Mit dem Risiko leben, BLZ, 1, 2016-01-02, S. 10) Die Massenmigration wie



die globale terroristische Jugend-Bewegung führen die globalen Zusammenhänge vor Augen. Die Merkel'sche Politik hat zwei Orientierungspunkte: den Erhalt der Macht/Kanzlerschaft und die globale Ausrichtung deutscher Politik. Praktisch heißt das, der Jungen Union auf ihrem Deutschland-Tag den Bescheid zu geben, dass wir Globalisierung bisher nur als Exporte und Exportweltmeisterschaft wahrnahmen und nun aber Menschen zurückkämen. Merkel ist hier ganz bei Marx, der irgendwo schrieb, dass Menschenströme immer den Kapitalströmen folgen. Menschenströme lassen sich nicht aufhalten. Das konnte man also wissen, und spätestens seit dem »arabischen Frühling« war damit zurechnen, dass die Abwehrlinie im Mittelmeer nicht zu halten sein würde. Doch keine bundespolitisch agierende Partei traf Vorbereitungen. So viel zu Zukunftsszenarien als Folie für Politik, Strategiebildung und gelungener Komplexitätsreduktion durch Parteien.

(Selbstverständlich fehlt hier ein wichtiger Aspekt: das Ende der Nachwendezeit, der Eintritt in eine multipolare Welt und der Rückzug der USA aus Europa und dem Nahen Osten, was wiederum völlig neue Ansprüche an eine europäische Außenpolitik stellt.)

### III.

Von Tom Strohschneider (ND, 4.1.2016)

#### **Linkswende gegen den Rechtstrend**

Die Debatte über Chancen und Blockaden von Mitte-Links als Bollwerk gegen Rechtsentwicklung läuft: Kann Rot-Rot-Grün ein »historischer Kompromiss« sein?

Teile von Europa rücken immer weiter nach rechts. Die Linke ist entweder zu schwach, dem etwas entgegenzusetzen, oder es fehlt an Mehrheitsoptionen gegen den Rechtstrend. Kann sich das ändern?

Bereits mehrfach haben Politiker der Linkspartei angesichts der wachsenden Gefahr eines europäischen Rechtsrucks und des Aufstiegs rechter Parteien wie der AfD die Verantwortung von Rot-Rot-Grün als mögliches Verteidigungsbündnis gegen Rechts hervorgehoben.

Weniger um ein parteipolitisches denn um ein gesellschaftspolitisches Projekt müsse es gehen, heißt es allerdings in einem Papier, das unter anderem Linksfraktionsvize Jan Korte und die Parlamentarische Geschäftsführerin Petra Sitte formuliert haben. Die Linkspartei müsse »den Anspruch einer Linkswende im Land offensiv formulieren. Das ist, angesichts einer drohenden Rechtsentwicklung, die vernünftigste Entscheidung«.

Allein wird das nicht so einfach sein - und bei der Frage, auf welche Bündnispartner man setzen könnte, gehen die Meinungen auseinander. In dem unter anderem von Korte und Sitte formulierten Vorschlag wird auf ein »Projekt der sozialen Modernisierung« orientiert, für das »Gewerkschaften, Sozialverbände, die große Community der Flüchtlingshelfer, antirassistische Initiativen und natürlich Mitglieder anderer Parteien, vor allem von SPD, Grünen und Piraten« gewonnen werden könnten.

Etwas enger umreißt der frühere Fraktionschef Gregor Gysi das Bündnisfeld: Er hat es unlängst als eine »Pflicht« bezeichnet, dass die Linkspartei »zusammen mit SPD und Grünen ein linkes Projekt gegen die jetzige Entwicklung Europas und Deutschlands« schmiedet. Er sprach von großer Verantwortung - es müsse begriffen werden, »dass wir alle verlieren werden, wenn es uns nicht gelingt, ein funktionierendes, überzeugendes, linkes Projekt gegen die Rechtsentwicklung« auf die Beine zu stellen. Zur Untermauerung seines Vorstoßes griff Gysi auch in die Geschichte aus: »Vor 1933 war es ein Versagen von KPD und SPD, dass sie nicht mal im Ansatz Gemeinsamkeiten gegen die Nazis gefunden haben«, sagte er dem »Spiegel« - darauf veweisend, dass man heute vor der »neuen schwierigen Situation« eines drohenden Rechtsrucks stehe.

Zuvor hatte bereits Linksfraktionsvize Klaus Ernst in der »Frankfurter Rundschau« für »eine neue Sammlungspolitik links von der Mitte« geworben - als Bündnis der Verteidigung gegen eine noch weiter gehende europäische Rechtsentwicklung. Ernst beklagte, dass »die Reflexion darüber in der Linken« von einer »Zuschauermentalität dominiert« werde. »Die Linie, an der sich die demokratische Linke neu finden muss, ist eine Abwehrlinie. Es geht nicht darum, ob wir am radikalsten den Kapitalismus kritisieren. Es geht um alles«, so Ernst.

Die Debatte erinnert in Teilen an den »historischen Kompromiss« in Italien, eine Strategie, die ab 1973 von der dortigen Kommunistischen Partei verfolgt wurde: Mit den wichtigsten Parlamentsparteien, darunter die konservative Democrazia Cristiana und die Partito Socialista Italiano, sollten Kompromisse gesucht werden, um das Land vor einem Rechtsruck und der Gefahr eines autoritären Regimes zu bewahren.

Ernst verlangte nun in der »Frankfurter Rundschau« mehr selbstkritische Ehrlichkeit von der Linkspartei. »Wer will es denn den Menschen verdenken, dass sie die Alternative rechts von der Mitte sehen, wenn sich links von der Mitte seit Jahrzehnten nichts tut«, so seine rhetorische Frage. Die Antwort: »Wir haben die Debatte über unsere strategische Perspektive zu lange aufgeschoben.«

Dass es dabei auch um Rot-Rot-Grün als Option geht, ist naheliegend. Hierin aber sieht Michael Brie vom Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung keine Basis für eine wirkliche Kurswende. »Mitte-Links hat die umfassende Durchsetzung des Neoliberalismus mit modifizierten Mitteln erst ermöglicht«, warnt der frühere Chef der PDS-Programmkommission mit Blick auch auf SPD und Grüne. Das »permanente Erstarren der Rechten« sei von »neoliberaler Politik der Allparteienkoalition« ermöglicht worden. Von dieser Politik gehe »keine Hoffnung aus«, so Brie. Auch werde sich die Linke »nicht von der Abwehrlinie aus neu erfinden« können.

Abwehr und neue Offensive zusammenzudenken, ist das Credo bei Korte und Sitte. »Wir denken als Linke global und handeln internationalistisch. Und internationalistisch wäre es, die nächste Chance auf die Macht in Deutschland zu ergreifen.« Realistisch einzuschätzen, welchen Einfluss die Linke als Opposition real hat, gehört genauso dazu wie eine kritische Einschätzung der bisher schon geführten Debatten um Mitte-Links-Option.

Und schließlich geht es auch um die Selbstveränderung der Linkspartei. »Die politische Lage verändert sich, wir sollten uns auch ändern. Die Jahrzehnte gemütlischer Opposition, sie könnten vorbei sein. Stellt sich die Machtfrage von rechts«, heißt es in ihrem Papier, »dann muss sich die Linke entscheiden.«